

Fragen

für die Fragestunde der 143. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Dezember 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (fraktionslos)	15, 16	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	45, 50
Bachmann, Carolin (AfD)	46, 47	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 18
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 21	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	9, 32
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Lehmann, Jens (CDU/CSU)	28, 29
Bünger, Clara (fraktionslos)	12, 13	Lenkert, Ralph (fraktionslos)	42, 43
Bystron, Petr (AfD)	10, 19	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	52, 53
Dağdelen, Sevim (fraktionslos)	20, 26	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	39, 40
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	35, 44	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	22, 23
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	27, 51	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	33, 34
Görke, Christian (fraktionslos)	57, 58	Renner, Martina (fraktionslos)	6, 7
Gysi, Gregor, Dr. (fraktionslos)	37, 38	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	30, 31
Hahn, André, Dr. (fraktionslos)	14, 36	Schattner, Bernd (AfD)	2, 3
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	8, 55	Schmidt, Eugen (AfD)	24
Hoppenstedt, Hendrik, Dr. (CDU/CSU)	1, 54	Seitz, Thomas (AfD)	41, 56
Hunko, Andrej (fraktionslos)	25, 48	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	49

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	14
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

1. Abgeordneter
Dr. Hendrik Hoppenstedt
(CDU/CSU) Mit wie vielen Asyleranträgen rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2024, und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die maximalen Kapazitäten für entsprechende zusätzliche Aufnahmen von Asylantragstellern in Deutschland unter den Gesichtspunkten Unterkünfte, zuständige Behörden, Integrations- und Sprachkurse sowie öffentliche Haushaltsmittel?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung voraussichtlich die Einwanderung von ausländischen Bürgern im Jahr 2023?
3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die durchschnittlichen Kosten für einen Migrant mit Erstasylantrag pro Monat bzw. pro Jahr für Deutschland sind?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie viele unerlaubte Einreisen nach Deutschland wurden nach Kenntnis der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser seit dem Anbeginn des Jahres 2023 registriert?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie beabsichtigt die Bundesinnenministerin, zu verhindern, dass mit den Migrantinnen aus der Ukraine auch zukünftig weitere islamistische Terroristen nach Deutschland gelangen können (www.focus.de/panorama/welt/islamistische-terrorzelle-ausgehoben_id_198378640.html), und wie viele Personen, die als islamistische Gefährder oder Relevante Personen eingestuft werden, sind mit dem Flüchtlingsstrom aus der Ukraine seit dem Anbeginn des Krieges zwischen Russland und der Ukraine bereits nach Deutschland gekommen?
6. Abgeordnete
Martina Renner
(fraktionslos) Gegen wie viele Neonazis lagen zum Erhebungsstichtag 30. September 2023 wie viele nicht vollstreckte Haftbefehle vor (bitte nach Gewaltdelikten oder sonstigen Delikten aus den Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität [PMK] differenzieren)?

7. Abgeordnete
Martina Renner
(fraktionslos)
- Inwieweit und wann plant die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP noch im Laufe der 20. Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf für eine Reform des Waffenrechts vorzulegen, wie es im „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat unter Punkt 2 in Aussicht gestellt wird?
8. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Fand seit Beginn der 20. Wahlperiode ein Austausch zwischen der Bundesregierung und Vertretern der TikTok Technology Limited statt, bei dem auch die Verbreitung von antisemitischen, israelfeindlichen und/oder islamistischen Inhalten über die Videoplattform TikTok thematisiert wurde (bitte die Kommunikationsformate chronologisch auflisten)?
9. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Strebt das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) in dem anlässlich des Ukrainekrieges beauftragten Bericht über gewidmete öffentliche Schutzräume (öSR) von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vom Mai 2023 eine zeitnahe Reaktivierung der genannten 579 gewidmeten öffentlichen Schutzräume an, und wird das BMI darüber hinaus weitere Maßnahmen ergreifen, die auf eine Erhöhung der Schutzkapazitäten insgesamt abzielen?
10. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Hat sich die Bundesregierung zur Aufnahme von Migranten aus dem Gazastreifen eine Meinung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese (vgl. The West Should Welcome Gaza Refugees; Europe and the U.S. accepted millions who fled earlier wars, in: Wall Street Journal Online, 13. November 2023)?
11. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die Warnungen des australischen Experten für internationales Flüchtlingsrecht Daniel Ghezelbash in Bezug auf die negativen Folgen von sog. Offshore-Verfahren für Asylantragstellung bekannt (www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100290192/migration-ein-experte-warnt-deutschland-vor-dem-australischem-modell-.html), und welche Schlüsse zieht sie daraus?

12. Abgeordnete
Clara Bünger
(fraktionslos)
- Sind an mich herangetragene Berichte zutreffend, wonach die Bundespolizei Ausweisdokumente von in Griechenland anerkannten Flüchtlingen, die diese bei der Einreise nach Deutschland verwenden, an deutschen Flughäfen nicht nur kontrollieren, sondern auch einbehalten soll (bitte erläutern; falls die Information zutrifft, bitte auch die entsprechende Rechtsgrundlage für das Einbehalten angeben), und bei wie vielen auf dem Luftweg aus Griechenland einreisenden Personen hat die Bundespolizei an Flughäfen seit 2022 anlasslose Kontrollen durchgeführt (bitte für das Jahr 2023 nach Monaten aufschlüsseln und die zwei wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen angeben)?
13. Abgeordnete
Clara Bünger
(fraktionslos)
- Worauf beruht die Entscheidung, dass Personen, die im Rahmen von Relocation-Verfahren oder im Rahmen der verschiedenen Aufnahmeprogramme für Afghanistan (Menschenrechtsliste, Ortskräfteverfahren, Bundesaufnahmeprogramm) aufgenommen werden, ab einem Alter von 16 Jahren Sicherheitsüberprüfungen durchlaufen müssen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8154; bitte entsprechende Erlasse, Weisungen oder sonstige Rechtsgrundlagen mit Datum und Urheber möglichst genau angeben), und welche Erlasse existieren spezifisch zum Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan, vor dem Hintergrund, dass in einer Antwort der Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat Rita Schwarzelühr-Sutter vom 14. November 2023 an mich auf „entsprechende Erlasse“ zum Bundesaufnahmeprogramm Bezug genommen wird, wohingegen ich die Antwort der Bundesregierung auf eine frühere Kleine Anfrage so verstanden hatte, dass zum Bundesaufnahmeprogramm keinerlei rechtlich verbindliche Hinweise existieren (vgl. Bundestagsdrucksache 20/6232; bitte mit Datum und Urheber angeben)?
14. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(fraktionslos)
- Wie viele Menschen können nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit bei bedrohlichen Umweltereignissen, akuten Krisenfällen oder anderen Katastrophen in Deutschland in Notunterkünften und Schutzräumen untergebracht werden (siehe auch die Petition an den Deutschen Bundestag Pet 1-20-06-215-005970), und in welchem Umfang werden die Vorgaben aus der Konzeption „Zivile Verteidigung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ (www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/zivil-und-katastrophenschutz/konzeption-zivile-verteidigung/konzeption-zivile-verteidigung-node.html) aktuell erreicht?

15. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(fraktionslos)
- Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass Fans des Fußball-Zweitligisten F.C. Hansa Rostock zum wiederholten Mal bei einem Spiel ihres Vereins eine Choreografie gezeigt haben, bei der – in Anspielung auf den rassistischen Pogrom von 1992 – das sogenannte Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen zu sehen war und von bengalischem Feuer begleitet wurde, wie kürzlich gegenüber den Fans des FC St. Pauli (vgl. www.bild.de/sport/fussball/fussball/2-liga-risige-skandal-choreo-verhoehnt-rassismus-opfer-86218918.bild.html), und welche sportpolitischen Handlungsoptionen sieht die Bundesregierung, um bei Fußballspielen eine derartige Verhöhnung der Opfer der rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen in Zukunft zu verhindern?
16. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(fraktionslos)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis vom Lagebild der „CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“, die angesichts von 187 von ihr dokumentierten antimuslimischen Vorfällen im Zeitraum vom 9. Oktober bis 29. November 2023 eine besorgniserregende Zunahme von antimuslimischem Rassismus in Deutschland beobachtet und kritisiert, dass Menschen, die derzeit in Deutschland als Moslems angegriffen oder diskriminiert werden, kaum Solidarität durch die Öffentlichkeit und Politik, noch Schutz durch den Rechtsstaat erfahren (vgl. www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-gewaltvolle-uebergriffe-drohungen-diskriminierungen-zahl-antimuslimischer-vorfaelle-bundesweit-erneut-gestiegen/), und wenn ja, wie positioniert sie sich dazu, und welche Angaben kann die Bundesregierung zu der ihr bekannten Zahl antimuslimischer Straftaten seit Beginn des Gaza-Krieges 2023 bis zum letzten erhebungsfähigen Zeitpunkt machen (bitte mit Angaben zum Vorjahreszeitraum beantworten)?
17. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Terroranschläge wurden nach Kenntnis der Bundesregierung dieses Jahr bereits vereitelt, und an wie vielen dieser Anschlagpläne waren Menschen mit Migrationshintergrund beteiligt (www.nius.de/Politik/islamismus-gefahr-immer-groesser-jede-woche-eine-terror-festnahme/a3da579d-b7bb-4a40-80ae-a53dc92e9818)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Mitglieder der Taliban haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan Visa beantragt oder Asylanträge gestellt, und wie viele davon wurden erteilt oder genehmigt (www.nius.de/News/skandal-besuch-aus-afghanistan-taliban-funktionaer-predigt-in-koelner-ditib-moschee/14507a5c-c8ad-4bc6-b89b-ff7b9746cf02)?
19. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Warum hat der deutsche Botschafter im Kosovo Jörn Rohde sich für die Verlegung des Denkmals für serbische Gefallene 1912 – 1918 ausgesprochen, und warum hat er das serbische Kloster Dečani im Kosovo als „kosovarische Kloster“ bezeichnet (vgl. www.ipetitions.com/petition/petition-for-the-return-of-the-monument-to-the-sowie-twitter.com/GermanAmbKOS/status/1725574802985955520?t=91qGwIA7t4C2StNOMUxNnA&s=08)?
20. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(fraktionslos)
- Welche Konsequenzen für die deutschen Finanz- und Militärhilfen an die Ukraine zieht die Bundesregierung aus dem Bekenntnis der Ukraine vom 6. Dezember 2023, den ukrainischen Politiker Ilja Kywa in Russland getötet zu haben (www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ukraine-geheimdienst-toetet-politiker-ilja-kywa-krieg-russland-100.html), und sieht die Bundesregierung politische Morde durch ukrainische Staatsorgane an nach Russland geflohenen ukrainischen Politikern als vom Selbstverteidigungsrecht gedeckt oder als staatsterroristischen Akt an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

21. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass auch die freiwillige Selbstverpflichtung von Immobilienunternehmen, wie beispielsweise im Berliner Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, in der Praxis nicht zur Einhaltung einer Kappungsgrenze von 11 Prozent führt (www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2023/11/heimstaden-immobilienkonzern-berlin-wohnungen-mieterhoehung.htm/alt=amp.html), und leitet sie daraus einen aktuellen bundesgesetzgeberischen Handlungsbedarf in Bezug auf die Absenkung der Kappungsgrenze ab?

22. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang sind Mittel aus der sog. Digitalisierungsinitiative für die Justiz aufgrund der sog. Haushaltssperre infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 gesperrt (bitte die Mittel konkret beziffern), und welche einzelnen Vorhaben im Zuge der sog. Digitalisierungsinitiative für die Justiz sind von dieser sog. Haushaltssperre betroffen bzw. nicht betroffen (bitte die einzelnen Vorhaben nach Gegenstand, Projektverantwortlichen und geplanten Mitteln aus der sog. Digitalisierungsinitiative für die Justiz aufschlüsseln)?
23. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche Unterabteilungen und Referate wurden seit dem 8. Dezember 2021 im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz neu gegründet, und warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

24. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- In welcher Höhe belief sich nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Rentenhöhe von Spätaussiedlern, die lediglich oder auch Leistungen nach dem Fremdrentengesetz beziehen (bitte für die Jahre 2021 und 2022 angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 20/1978)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

25. Abgeordneter
Andrej Hunko
(fraktionslos)
- Wie lange schon wird die Militärübung Eiskristall der Bundeswehr in Norwegen durchgeführt (bitte nach Jahren und Zeitraum aufschlüsseln), und mit welcher Zahl deutscher Soldatinnen und Soldaten hat die Bundeswehr in der Vergangenheit an Eiskristall teilgenommen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

26. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(fraktionslos)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Beteiligung deutscher Soldaten (einschließlich solcher mit deutsch-israelischer Doppelstaatsbürgerschaft) am Krieg im Gazastreifen, bei dem bisher mehr als 16.000 Menschen, darunter mehr als 7.000 Kinder, getötet wurden und in dessen Zusammenhang Vorwürfe über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zunehmen (www.amnesty.de/israel-gaza-luftangriffe-kirche-fluechtlingslager-kriegsverbrechen-israelische-armee; <https://unric.org/de/unabhaengige-un-experten-fordern-untersuchung-von-kriegsverbrechen-in-gaza/>), und inwiefern müssen deutsche Staatsbürger (einschließlich solcher mit deutsch-israelischer Doppelstaatsbürgerschaft) damit rechnen, dass nach ihrer Rückkehr nach Deutschland gegen sie ermittelt wird, vor dem Hintergrund, dass Israel den Internationalen Strafgerichtshof, der gegen Israel und die Hamas wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen im Gazastreifen ermittelt, nicht anerkennt?
27. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Welche Vorauszahlungen für Munitionsbeschaffungsvorhaben, die im Bundeshaushalt bei Kapitel 1405 Titel 554 08 etatisiert sind, hat die Bundesregierung im Jahr 2023 insgesamt vereinbart (bitte differenzieren nach Höhe der vereinbarten Vorauszahlungen aller im Jahr 2023 abgeschlossenen bzw. bis Jahresende fest geplanten Beschaffungsverträge sowie nach geleisteten Vorauszahlungen sowohl zum IST am 12. Dezember 2023 sowie zum absehbaren IST am 31. Dezember 2023), und welche Arbeitsstruktur hat die Bundesregierung innerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung bzw. interministeriell eingerichtet (bitte mit ausführlicher Erläuterung der Arbeitsweise, u. a. im Sinne der Federführung, des personellen Umfangs und der Häufigkeit von Arbeitssitzungen), um eine Verbesserung der Munitionsversorgung der Bundeswehr – unter anderem unter den Gesichtspunkten der Erhöhung der industriellen Produktionskapazitäten, der Beschleunigung der industriellen Produktion, dem krisenbezogenen Vorhalt von Produktionskapazitäten in Deutschland bzw. bei verbündeten Nationen sowie der notwendigen Lagerung in Munitionsdepots – umzusetzen?
28. Abgeordneter
Jens Lehmann
(CDU/CSU)
- Wie viele MOBAST-Schutzwesten wurden bis zum 30. November 2023 an die Bundeswehr geliefert bzw. wird das Ziel von 100.000 MOBAST-Schutzwesten bis zum Jahresende 2023 erreicht (bei absehbarer Nichterreichung bitte die Gründe hierfür angeben und angeben, welche Fehlmenge zu erwarten ist)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

29. Abgeordneter
Jens Lehmann
(CDU/CSU)
- Bedarf es in den jeweiligen Zahlstellen der Bundesländer bezüglich der Auszahlung von EU-Direkthilfen, speziell im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), eines gesonderten Buchungssystems oder genügt zur rechtskonformen Auszahlung das Buchungssystem der Bundeskasse?
30. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zur Handhabung der Auszahlungsproblematik von EU-Direkthilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (www.mdr.de/nachrichten/sachsen/landwirtschaft-bauern-hilfen-eu-aerger-verspaetete-hilfen-100.html) durch die Länder in der Bundesrepublik Deutschland (bitte getrennt nach Bundesland mit Darstellung der jeweiligen Zahlungsweisen wie vollständiger Direktzahlung, Teilauszahlung, Vorschusszahlung oder Korrekturzahlungen)?
31. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist es bezüglich der aktuellen Auszahlungsproblematik von EU-Direkthilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) (www.mdr.de/nachrichten/sachsen/landwirtschaft-bauern-hilfen-eu-aerger-verspaetete-hilfen-100.html) zutreffend, dass seitens des Bundes oder der EU enggefasste Vorgaben für den Bereich von Teilauszahlungen, welche nach der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 grundsätzlich möglich wären, speziell an das in Sachsen zuständige Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft gemacht wurden?
32. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung in der EU dafür einsetzen, Sanktionen gegen Russland im Bereich von Düngemittelimporten zu unterstützen, um die Wertstoffketten in Deutschland und Europa (Adblue-Absatz) resilienter zu machen vor dem Hintergrund, dass Russland ohne EU-Sanktionen den Import von Düngemittel nach Deutschland um das 3,3-Fache im ersten Halbjahr 2023 gesteigert hat und deutsche Hersteller mit halbierten Marktpreisen (200 statt 400 Euro, Harnstoffpreise +980 Prozent) unter Druck stehen (www.agrarheute.com/management/agribusiness/duengerimporte-russland-abhaengig-deutschland-612063; www.capital.de/wirtschaft-politik/duengemittel-aus-russland--legale-eu-importe-gestiegen-33436856.html)?

33. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- In welchem verbindlichen Umfang muss die Korrektheit der Direktzahlungen im Hinblick auf die Regelungen der Verordnung (EU) 2022/127 Anhang I durch die jeweiligen Zahlstellen festgestellt sein (bitte auch den entsprechenden Zeitpunkt angeben, bis zu dem dies geschehen muss), und in welcher Art und Weise können Fehler fortlaufend berichtigt werden?
34. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Hätte es auch außerhalb der EU-seitig vorgegebenen Informationssysteme für die Schlussabrechnung eine Möglichkeit gegeben, Teilauszahlungen für die sächsischen Landwirte freizugeben bzw. anzuweisen (beispielsweise durch Programmierung einer zusätzlichen Schnittstelle oder die personelle Prüfung von Anträgen)?
35. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Gibt es seitens des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits konkrete Planungen zur Verwendung der Mittel der sogenannten Fischereikomponente aus den im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) geregelten Einnahmen der Offshore-Ausschreibungen, und welche externen Akteure sind oder werden für die Erarbeitung der Maßnahmen zur Verwendung dieser Finanzmittel beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

36. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(fraktionslos)
- Welche Aktivitäten gab bzw. gibt es seitens der Bundesregierung in dieser Wahlperiode, um vor allem Kinder, Jugendliche und Suchtgefährdete besser vor Glücksspielen – einschließlich Sportwetten – zu schützen (siehe auch „Suchtbeauftragter kritisiert Werbung für Sportwetten“ in Rheinische Post vom 1. Dezember 2023), und welche Maßnahmen sind diesbezüglich seitens der Bundesregierung bzw. anderer Akteure während der Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland geplant?

37. Abgeordneter
Dr. Gregor Gysi
(fraktionslos)
- Warum hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) keine Vorsorge für die haushaltsrechtliche Absicherung des mehrjährig angelegten Programms „Demokratie leben!“ durch eine in ausreichender Höhe ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung getroffen, und wie will das BMFSFJ diesen Fehler jetzt heilen und den Projekten schnellstmöglich Sicherheit geben?
38. Abgeordneter
Dr. Gregor Gysi
(fraktionslos)
- Bis wann rechnet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Vorliegen des Haushaltsführungsrundschreibens des Bundesministeriums der Finanzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

39. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wann genau wird das Bundesministerium für Gesundheit, dessen zuständiger Bundesminister Dr. Karl Lauterbach noch im Dezember 2022 getwittert hatte: „Profitorientierte Ketten von Arztpraxen feiern wahrscheinlich ihr letztes schönes Weihnachten. Schon bald kommt das Ende“ (siehe www.rnd.de/politik/karl-lauterbach-will-kauf-von-praxen-durch-investoren-verhindern-ZWBPA-G7Q51V6VXVPR2H75LTZHY.html), einen Gesetzentwurf zur Regulierung investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ) vorlegen, und warum wurde der entsprechende „für das erste Quartal 2023“ (Quelle s. o.) vom Bundesminister für Gesundheit angekündigte Gesetzentwurf nach wie vor (Stand: 8. Dezember 2023) nicht vorgelegt?
40. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Nach welchen Vergabekriterien soll die Gutachterin bzw. der Gutachter zu dem vom Bundesministerium für Gesundheit kürzlich zugesagten neuen Rechtsgutachten, das mögliche Versäumnisse der Aufsichtsbehörden des Bundes in den 1960er/1970er Jahren in dem „Fall Duogynon“ aufklären soll (vgl. background.tagesspiegel.de/gesundheit/bmg-will-neues-rechtsgutachten-zu-duogynon), bestellt werden, und ist vorgesehen, dass die Duogynon-Betroffenen diesbezüglich eigene Vorschläge zu möglichen Gutachtern einreichen können?

41. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Welche Ursachen sieht die Bundesregierung als maßgeblich für den Umstand an, dass sich die Zahl der Krankheitstage wegen einer Atemwegserkrankung von 2021 auf 2022 nahezu verdoppelt hat und auch für 2023 mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Krankheitstage wegen einer Atemwegserkrankung gerechnet wird, und auf welcher Grundlage kann aus Sicht der Bundesregierung sicher ausgeschlossen werden, dass hierfür Spät- und Langzeitfolgen von COVID-19-Impfungen mit mRNA-Impfstoffen zumindest mitverantwortlich sein könnten (www.welt.de/wissenschaft/article248932266/Rekord-beim-gelben-Zettel-Noch-nie-waren-Arbeitnehmer-so-oft-krank.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

42. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(fraktionslos)
- Was plant die Bundesregierung, um den in der Nationalen Wasserstrategie beschriebenen Herausforderungen bei der Umsetzung der wasserwirtschaftlichen Ziele (Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Fachkräftemangel, finanzielle Ausstattung von Verwaltungen, Arbeitsbelastungen usw.; vgl. Nationale Wasserstrategie, S. 60) bei den Vollzugsaufgaben durch die Wasserbehörden systematisch zu begegnen, und welche dieser Probleme sind aus Sicht der Bundesregierung als besonders kritisch prioritär zu behandeln?
43. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(fraktionslos)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass unterschiedliche Hochwasserwarnstufen, insbesondere an den Grenzen von Bundesländern, zu Irritationen und Fehleinschätzungen bei der Beachtung von Hochwasserwarnungen durch die Bevölkerung führen können, und plant die Bundesregierung zusammen mit der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA), die Hochwasserwarnstufen zu vereinheitlichen?

44. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Wie sehen die Planungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz aus, um die für die Maßnahmen des Meeresnaturschutzes vorgesehenen 5 Prozent aus den im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) geregelten Einnahmen aus den Offshore-Ausschreibungen zu verwenden, und welche externen Akteure wurden und werden bei der Erarbeitung eines Maßnahmenkonzeptes beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

45. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen zur Entbürokratisierung wurden für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in den letzten sechs Monaten umgesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

46. Abgeordnete
Carolin Bachmann
(AfD)
- Welche konkreten Ziele und Zwecke hat der „Gendercheck“, und welche konkreten Kenntnisse wurden den Teilnehmern der internen Workshops anhand welcher konkreten Beispiele vermittelt, angesichts der Antwort der Bundesregierung zu Frage 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/9525 (bitte ausführen und begründen)?

47. Abgeordnete
Carolyn Bachmann
(AfD)
- Welche Personen sind Teil der Arbeitsgruppe zur feministischen bzw. zur gendersensiblen Stadtentwicklungspolitik (bitte mit Blick auf die Stellung bzw. Zugehörigkeit im Organisationsplan des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen aufschlüsseln; www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/service/organigramm_deutsch.pdf?__blob=publicationFile&v=20), angesichts der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zur feministischen Stadtentwicklungspolitik (Bundestagsdrucksache 20/9525, Frage 11), und steht die Arbeitsgruppe zur feministischen bzw. zur gendersensiblen Stadtentwicklungspolitik in einem konkreten thematischen und/oder personellen und/oder sonstigen Zusammenhang mit den internen Workshops zum Gendercheck (Bundestagsdrucksache 20/9525, Frage 10), und wenn ja, in welchem (bitte ausführen)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(fraktionslos)
- Wie oft (im Durchschnitt pro Woche) führen die Bundesministerien und das Bundeskanzleramt neben den durch den privaten Verein „Bundespressekonferenz e. V.“ organisierten und in seinem eigenen Haus dreimal pro Woche stattfindenden Regierungspressekonferenzen ihre Pressekonferenzen durch (bitte alle Pressekonferenzen im November 2023 innerhalb und außerhalb der Räumlichkeiten der Bundesministerien und des Bundeskanzleramtes auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

49. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Strafzahlungen an die EU, sollte Deutschland mittelfristig seine Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gemäß der europäischen Lastenteilungsverordnung nicht erfüllen, und wie wird die Bundesregierung diese Zahlungen angesichts der angespannten Haushaltslage leisten können?

50. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wird die für das Jahr 2023 angekündigte Wasserstoff-Importstrategie der Bundesregierung noch in diesem Jahr verabschiedet, und falls nein, warum nicht?
51. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen (bitte mit ausführlicher Erläuterung aller für die Entscheidung relevanter Argumente) hat die Bundesregierung abschließend entschieden, die Realisierung einer neuen Pulverfabrik in Sachsen durch die Firma Rheinmetall AG finanziell nicht zu fördern (www.md.r.de/nachrichten/sachsen/rheinmetall-pulverfabrik-munition-100.html), und ist die im Juli 2023 vom Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius angekündigte Verausgabung von rund 20 Mrd. Euro für Munitionsbeschaffungsvorhaben bis zum Jahr 2031 (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-munitionsbeschaffung-100.html) nach Auffassung und Erkenntnis der Bundesregierung nach wie vor ausreichend, um die Munitionsvorräte der Bundeswehr aufzufüllen und insbesondere den seitens der NATO geforderten 30-Tage-Vorrat an Munition der Bundeswehr vollumfänglich sicherzustellen?
52. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Zu welchem Zeitpunkt hat der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck eine Nichtigerklärung des Zweiten Nachtrags Haushaltsgesetzes 2021 durch das Bundesverfassungsgericht für möglich gehalten, und wann konkret wurde damit begonnen, auf die Stabilisierung der Wirtschaft gerichtete Einsparpotenziale zu eruieren (vgl. Diskussion bei Markus Lanz am 22. November 2023 – als Video abrufbar unter www.youtube.com/watch?v=lqA2wmgSyOE, ab Minute 2:20)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

53. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Konsequenzen zieht der Bundesminister der Finanzen Christian Lindner aus aktuellen Meinungsumfragen, wonach eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, dass die Ampel-Koalition mit der aktuellen Haushaltskrise überfordert sei, mit Blick auf die weitere Planung des Haushaltsjahres 2024 (vgl. www.n-tv.de/der_tag/Wenig-Vertrauen-in-Scholz-Habeck-und-Lindner-article24551084.html und www.merkur.de/politik/scholz-kanzler-haushalt-spd-gruene-krise-umfrage-aktuell-zr-92690050.html jeweils zuletzt abgerufen am 23. November 2023)?
54. Abgeordneter
Dr. Hendrik Hoppenstedt
(CDU/CSU)
- Hat sich die Schuldenbremse im Grundgesetz nach Auffassung der Bundesregierung im Hinblick auf die Haushalts- und Finanzstabilität, die Investitionsnotwendigkeiten und die Generationengerechtigkeit bewährt, und sollte sie unverändert beibehalten werden?
55. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen beinhaltet der vom Bundesminister der Finanzen Christian Lindner am 14. November 2023 im Rahmen des Wirtschaftsgipfels der Süddeutschen Zeitung genannte „Plan B“ für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht den Klima- und Transformationsfonds für rechtswidrig erklären sollte, und inwiefern war dieser Plan Gegenstand von Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung im Vorfeld des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 (vgl. www.onvista.de/news/2023/11-14-lindner-spricht-vor-karlsruher-urteil-zu-r-klimaruecklage-von-plan-b-0-20-26203184)?

56. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Mit welchen Ausfällen an Steuern und Sozialabgaben rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2024 in der Gastronomie aufgrund von zu erwartenden Insolvenzen von Gastronomiebetrieben infolge der Rückkehr zum regulären Mehrwertsteuersatz in Höhe von 19 Prozent, deren Anzahl vom Informationsdienstleister CRIF GmbH auf Grundlage der Auswertung der Finanzlage von knapp 120.000 Gastronomiebetrieben in Deutschland auf mindestens 15.069 Gastronomiebetriebe geschätzt wurde (bitte die absoluten Beträge sowie die relative Veränderung zum Jahr 2023 angeben und nach Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Lohnsteuer, Gewerbesteuer sowie Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Renten-, Unfall- bzw. Arbeitslosenversicherung aufschlüsseln; www.epochtimes.de/wirtschaft/das-grosse-gastro-sterben-erwartet-e-insolvenzwellen-betrifft-ueber-15-tausend-betriebe-a44961111.html?ea_src=frontpage&ea_pos=column-middle&ea_elmt=main-articles&ea_cnt=3&gl=1*1s5e3dq*_up*MQ..*_ga*MTY0NDUwMjgyNS4xNzAxMDkwNzk5*_ga_GCZQQGLHE4*MTcwMTA5MDc5OC4xLjEuMTcwMTA5MDc5OC4wLjAuMA..)?
57. Abgeordneter
Christian Görke
(fraktionslos)
- Auf welche Summe belaufen sich die bisher im Jahr 2023 entstandenen Agien und Disagien aus dem Verkauf von Staatsanleihen, und wie hoch wären nach Schätzung der Bundesregierung die Zinskosten im Bundeshaushalt für das Jahr 2023, wenn alle Disagien periodengerecht über die Laufzeit der Anleihen und nicht im Entstehungsjahr verbucht würden (vgl. www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/schuldenmanagement-des-bundes.pdf?__blob=publicationFile&v=5)?
58. Abgeordneter
Christian Görke
(fraktionslos)
- Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die steuerlichen Mehreinnahmen sowie die sozialstaatlichen Minderausgaben durch eine Erhöhung des Mindestlohns auf 14 und 15 Euro (bitte tabellarisch angeben)?

